

Zürcher Tagblatt

Nr 561

und Handels-Zeitung

Herausgeber: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Konferenz der vier Premierminister.

Frankreich und seine Alliierten.

Mussolini Standpunkt. — Bedingte Unterstützung Frankreichs. — Pariser Auftragen gegen die Haltung Englands. — Die Berichte über neue deutsche Vorschläge.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 9. Dezember.
Poincaré ist gestern Abend in London eingetroffen und auf dem Bahnhof von Bonar Cam und dem englischen Arbeitsminister empfangen worden. Mussolini kam erst drei Stunden später an. Er hatte Poincaré also gestern Abend nicht gesehen. Bislang hat der italienische Ministerpräsident auf dem Bahnhof von London alle Nachrichten für die Presse abgelehnt, auf dem Bahnhof hat er aber einige italienische und französische Journalisten empfangen. Er hat ihnen gesagt, daß er nach London fährt, um eine endgültige Lösung des Reparationsproblems oder wenigstens eine Besserung der Situation zu erreichen. Das konnte aber nicht durch Worte allein geschehen, sondern man mußte sich verstehen, um zu handeln. Eine Verständigung unter den Alliierten ist notwendig und muß erreicht werden. Italien habe durch den Krieg nicht zu ihrem Gewinn viel erreicht. Italien habe durch den Krieg nicht zu ihrem Gewinn viel erreicht. Italien habe durch den Krieg nicht zu ihrem Gewinn viel erreicht.

teilung des Londoner Korrespondenten des „Welt-Bericht“ haben gestern die drei in London anwesenden Botschafter der Vereinigten Staaten eine längere Beratung mit dem Senator Redell Mac Cormick gehabt. Einige Zeitungen melden aus London, es sei dort die Nachricht eingetroffen, daß am Sonnabend oder Sonntag ein neuer deutscher Plan für die Reparationen in London vorgelegt werden soll, wahrscheinlich in Gestalt eines Schreibens des Kanzlers Cuno. „Die Weltzeitung“ wird nach dem „Matin“ spezifisch berichten. Poincaré hat gesagt: Wir sind, bis dieser Plan eingetroffen ist, in den Pariser Vertretungen, die sich seit gestern ebenfalls mit den Änderungen über das Projekt Cunos beschäftigt, jetzt sich gleichfalls die Vorarbeit, aber auch gelassene Erwartung.

Die englischen Industriellen für ein Moratorium.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

London, 9. Dezember.
Der Präsident der Vereinigung der britischen Industriellen hatte gestern eine Unterredung mit Bonar Cam. Er schlug vor, die Forderungen Englands an die Alliierten nicht zu streifen, solange die Wiedergutmachungsfrage nicht geregelt sei. Die interalliierten Schuldverhältnisse sind gerade, die England in den Stand setzen, einen großen Einfluß auf die Regelung auszuüben. Ein Moratorium für Deutschland hält der Präsident für geboten.

Paris, 9. Dezember.
Der „Messager“ berichtet von dem einmütigen Protest der öffentlichen Meinung Englands gegen die Sanktionspolitik Poincarés. Die Alliierten und Finanziers stimmen der Forderung des Bundes der englischen Handelskammern zu, wonach Deutschland ein mehrjähriges Moratorium einräumen und die Bezahlung der Reimprovisation baldmöglichst aufzuheben sei.

London, 9. Dezember. (M. I. Z.)
Die gesamte Presse weist auf die Bedeutung der heute Vormittag 10 1/2 Uhr beginnenden Konferenz der vier Alliierten Premierminister in Downing Street über die Reparationsfrage hin. „Das Telegraph“ zufolge hat Japan erneut den Antrag auf Zulassung zur Konferenz gestellt. Bonar Cam hat die Premierminister Frankreichs, Belgiens und Italiens am Abend nach Wien in seinem Kreis geladen, an dem auch Bradburn und Lord D'Erch teilnehmen werden. Die „Times“ schreiben: Das Hauptziel der Konferenz sei wirtschaftliche Wiederherstellung und nicht die Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen. Wie die geplante Beilegung des Ruhrgebietes und die Übertragung der Autonomie in Rheinlande an französische Beamte, die die finanzielle Marktlage Deutschlands und die Stabilisierung der Maßnahmen durchzuführen. Eine Anleihe in irgendeiner Art sei vollkommen unmöglich, bevor die deutsche Währungsstabilisierung sei. „Das Telegraph“ zufolge herrscht in manchen britischen Kreisen eine hoffnungsvolle Ansicht über gewisse Seiten der deutschen Anleihevorläufe, da die neue deutsche Regierung eine Restrukturierung des Ruhrgebietes und die Wiederherstellung der Rheinlande in eigene Verwaltung bei der britischen öffentlichen Meinung auf Ablehnung stößt, und es wisse auch, daß Amerika sich noch energischer widersetzen würde. Diese Erkenntnis erlaube zweifellos die Poincaré zugewandene Meinung, die Erörterung auf ein von Garantien abhängiges Moratorium zu beschränken. Für ein bedingungsloses Moratorium träte niemand mehr ein.

Harding über die Hilfsbereitschaft Amerikas.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Washington, 9. Dezember.
Gestern ging dem amerikanischen Kongress eine Botschaft des Präsidenten Harding über seine allgemeine Politik zu. Darin wagt er die Durchsührung des Wohlstandsverbots an und wies auf die Notwendigkeit hin, das Verlehrsweisen im Lande weiter zu entwickeln. Auch wagt er die Ausdehnung des Kreditwesens. Weiter legt er zwei Anträge auf Änderung der Verfassung vor; der erste werde eine Beschränkung der Ausgabe von steuerfreien Obligationen möglich machen und der andere werde die Regierung der Union die Befugnis geben, die Rückzahlung zu regeln. Hinsichtlich der außenpolitischen Lage Amerikas urteilt Harding sehr optimistisch. Die Union sei noch immer bereit, Europa zu helfen, aber dies dürfe nicht zum Schlüsselpunkt werden. Harding sagte auch: Der Krieg hat Amerika zum größten aller Völker gemacht; wir haben aber nicht angestrebt, mehr Geld zu besitzen als andere und wir bemühen uns auch nicht, internationaler Diktator zu werden.

London, 9. Dezember. (M. I. Z.)
In seiner Botschaft über die auswärtigen Angelegenheiten sagte der Präsident, das Land habe seinen Einfluß in weitem Maße dazu verwendet, bewaffnete Konflikte weniger wahrscheinlich zu machen. Die Vereinigten Staaten hätten volle Kenntnis von den Anstrengungen, die die Welt zum Zweck der Wiederherstellung unternehme. Dieser Verpflichtung, die Amerikas Beilegen auszufüllen und durch die amerikanische Regierungsform gesichert worden sei, werde die amerikanische Regierung bereitwillig nachkommen. Inzwischen müßte jeder Nation gestattet sein, auf eigenen Füßen vorwärts zu gehen, anderenfalls sei ihr internationaler Wert nur gering.

Rußland in Lausanne und in Moskau.

Das Problem der Meerengen. — Minimal- und Maximalprogramme.

Von Dr. K. J. v. Voss (Hans Voss).

In einer Anekdote von schauerlichem Bis erzählt Chamfort, daß einen französischen Offizier, der nicht im Rufe großer Geistesgaben stand, in der Schlacht durch eine Kugel tödlich getroffen wurde, so daß ein Neben ihm stehender Soldat von dem Gehirn bestrahlt wurde; worauf dieser sich richtig eine Uniform abputzte und bemerkte: „Es ist erlauchtlich, daß ein Mann so viel Gehirn haben kann, der so wenig Kopf besitzt.“ Ich weiß nicht, ob beschäftigt ist, diese Anekdote zum Symbol der europäischen Geschichte des vergangenen Jahrhunderts zu machen. Jedenfalls ist Europa schon lange nicht so kopflös gewesen, wie jetzt, und manchmal scheint es, als ob wir noch einmal leben sollen, wie viel Gehirn Europa doch besitzt.

Die Konferenz von Lausanne ist angeblich einberufen worden, um eine dauernde friedliche Regelung der Probleme des nahen Orients herbeizuführen, was offenbar ohne das Einverständnis Rußlands nicht möglich ist. Da Rußland nur durch seine tatsächliche Regierung, die sich seit der Sowjetregierung vertreten werden kann, so waren alle Möglichkeiten der Sowjetregierung keine. Entweder man lege auf die Mitwirkung der Sowjetregierung keinen Wert, weil man sie nicht als eine rechtmäßige Regierung Rußlands anerkenne oder, dann zweifelte, ob ihre Unterdrückung von ethnographischen Regierungen Rußlands als bindend betrachtet werden würde — dann dürfte man sie zu der Konferenz nicht einladen. Wenn man aber die Sowjetregierung einlud, so mußte man sie vernünftigenfalls zur Verhandlung über die gesamten, die Konferenz hinzuziehen; die miteinander stehenden Probleme der Sowjetregierung seien. In beiden Fällen ist in dieser Hinsicht unüberleglich. Zu beiden Fällen ist in dieser Hinsicht unüberleglich. Zu beiden Fällen ist in dieser Hinsicht unüberleglich. Zu beiden Fällen ist in dieser Hinsicht unüberleglich.

Über die Botschaft hat eingepaßt und die gewählte Lösung, die Sowjetregierung nur zu dem gewöhnlichen, aber willkürlich herausgegriffenen Problem der Meerengen hinzuweisen, ist eine Verlegenheitslösung schimmerlicher Art, die gewiß keine gute Vorbereitungen für den Geist und das Ergebnis der Konferenzdarstellung darstellt.

Überdies, so kopflös die Welt auch sei, steht sie doch reichlich auf dem Kopfe. Lord Curzon hat, wie aus Lausanne gemeldet wird, auf die Rede, in der Tschitschewin den bekannten russischen Standpunkt in der Meerengenfrage darlegte, ironisch erwidert. Tschitschewin sei der Vertreter Sowjetrußlands, der Ukraine, Georgiens und anscheinend auch der Türkei; ob er sich vielleicht auch als Vertreter Englands fühle? Worauf Tschitschewin schlafgigelt und historisch unbestreitbar zurecht erwiderte: „Inwieweit unsere gegenwärtigen Forderungen waren bis zum Jahre 1918 die Forderungen von Europa.“

Die Botschaft Lord Curzons war offenbar dadurch hervorgerufen, daß Tschitschewin ähnlich wie in seiner Berliner Erklärung, den Standpunkt der Sowjetregierung zur Meerengenfrage als ein uneingeschränktes und von ewiger Gerechtigkeit diktiertem Eintreten für die Selbstrechte der Völker auf ihr Gebiet und ihr territoriales Gewerbe hingewiesen hat. Karl Kadel hat das in der „Roten Fahne“ andersrum: Sowjetrußland untersteht die Türkei nicht um der schönen Augen ihrer Regierung willen, sondern weil es in dem Siege der Türkei einen Faktor von großer Bedeutung erblickt, der zur Revolutionierung des Orients beiträgt und dadurch das Weltproletariat und die russische Revolution stärkt. Aber auch Kadel kann sich nicht ohne die Gerechtigkeit befehlen und fährt fort: „Sowjetrußland wird daher in Lausanne die gerechten Forderungen der Türkei unterstützen.“

